

Der Volkswirt.

Zentralen, Produktionsverbände
und die Notwendigkeiten der
Wirtschaft.

Von Dr. Rudolf Brähta, erster Sekretär des
Orientams der Wiener Kaufmannschaft.

Wieder steht der Streit zwischen den Anhängern der Zentralen und der freien Wirtschaft im Mittelpunkt des Interesses. Auf der einen Seite sucht alles, was wirtschaften und erwerben will, nachzuweisen, daß die Aufhebung der Hindernisse, die dem Warenbezug aus dem Auslande von den fremden Staaten bisher bereitet wurden, zur gleichen Politik im Inlande führen müsse, auf der andern Seite feiert der Gedanke, die ganze Produktion des Landes in Industrieorganisationen zusammenzufassen, die den denkbar weitestgehenden Einfluß auf die Betriebsführung eingeräumt erhalten sollen, derart, daß der einzelne Unternehmer nichts mehr zu tun und zu sagen haben wird, eine Auferstehung. Die Leitung dieser Zwangsverbände soll — angeblich um die Wirtschaftlichkeit zu steigern, die gesamte Produktion organisieren, konzentrieren, typisieren, normalisieren, spezialisieren, zentralisieren. Wahrlich ein Bureaukratenherz muß bei diesem Auswuchs staatlicher Interventionspolitik hochschlagen, zumal ja die lästigen Unternehmer mit ihren kaufmännischen und technischen Bedenken, die sie ja doch nie und da bisher zu äußern pflegten, ganz in den Hintergrund gedrängt werden sollen. Sie erhalten nur eine Minderheit in der Leitung dieser Verbände, während den betriebsfremden Gruppen, insbesondere den Delegierten des Staates, also vermutlich Staatsbeamten, der maßgebende Einfluß bei der Führung dieser Industrieorganisationen eingeräumt werden soll, eine Führung, die wahrscheinlich nach den höheren Gesichtspunkten der „planmäßigen Bedarfsdeckung“, nicht nach den bisher erprobten des Privatinteresses gedacht ist.

Ich habe von dem Streit der Meinungen gesprochen. Kann es angesichts dieses Geschickentwurfes einerseits und der ganzen Entwicklung unserer Finanzen und der Gestaltung der Wirtschaftspolitik des Auslandes andererseits überhaupt noch einen solchen geben? Kann es sich darum handeln, zu fragen, was wir wollen? Handelt es sich nicht vielmehr darum, in der fürchtbaren Krise, die wir durchleben, zu tun, was wir müssen? Ist es möglich, daß ein Staat, der von knapp sechs Millionen bewohnt wird, eine Wirtschaftsfolge aufrecht hält, von der die weltgötternden Staaten, die nicht nur territorial über die Welt regieren, sondern die auch über die Rohstoffe verfügen, die wir brauchen, die uns den Kredit zumessen werden, der uns den Wiederaufbau erst ermöglichen soll, zur Tagesordnung schon lange abgegangen sind? Selbst wenn wir unabhängig wären von dem Kredit des Auslandes, wenn wir Rohstoffe im Inland hätten, die man mit den plumpen Mitteln der Beschlagnahme, Anbotspflicht, der Höchstpreise dorthin leiten könnte, wo die Verbandsleitungen, die neuen Zentralen typisieren wollen zc., ist uns dazu vom Standpunkt unserer Wirtschaft, so wie sie aus dem Krieg und der politischen Umwälzung hervorgegangen ist, überhaupt die Möglichkeit geboten?

Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir uns doch von dem gegenwärtigen Standpunkt unserer Wirtschaft Rechenschaft geben. Der Zerfall Oesterreichs hat unsere Industrie und unsern Handel in eine ganz merkwürdige Lage versetzt. Wir besitzen eine Industrie, die für das gesamte Reich, inklusive Ungarn und Galizien, gearbeitet hat, deren Einrichtungen für eine Bevölkerung von mehr als fünfzig Millionen Menschen berechnet waren, und die sich bei der Auswahl ihres Standortes nach ganz andern Staatsgrenzen orientierte, als heute für sie maßgebend geworden sind. Unsere Industrie ist jetzt zum weitaus größten Teil vielfach gänzlich auf den Export angewiesen. Auf der andern Seite fehlen in Deutschösterreich wichtige Industriezweige vollkommen, die von den andern Gebietsteilen des ehemaligen Oesterreich aus, nach denselben Gesichtspunkten orientiert, die Bedarfsdeckung der jetzigen deutschösterreichischen Gebiete be-